

13.38

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Meine Damen und Herren hier und vor den Fernsehgeräten! Wir wurden jetzt immer wieder aufgefordert, der neu zusammengestellten Regierung doch eine Chance zu geben. Das würden wir gerne, wenn da nicht die oft zitierten Missstände wären, und die Missstände sind ja nicht neu, die sind schon länger da.

Lieber Herr Verkehrsminister, ich bin nicht so weit, meine Rede mit einem Zitat zu beginnen, dass beispielsweise jetzt die ehemalige Ministerin Heinisch-Hosek die logische Nachfolgerin im Verkehrsressort wäre, weil das nur den Kompetenzmangel der Ministerpartie zeigen würde. Das war Ihr Zitat – aber jetzt ist er ohnehin nicht da, das macht aber nichts. Das war das Zitat des damaligen SPÖ-Funktionärs in Richtung FPÖ. – Jetzt heißt es auf einmal: Eine neue Art, eine neue Kultur möge einziehen. Gut, dann lassen wir sie einziehen!

Herr Leichtfried hat gesagt, es geht um den Menschen, und der Mensch steht im Mittelpunkt. Ich hoffe, dass er das auch so meint, wie er es sagt. Aber wenn er es so meint mit der Mobilität, wenn er es so meint mit dem Verkehr, mit dem Individualverkehr, dann soll er sich bitte als Erstes einmal ein Beispiel an seinem Vorgänger in der Steiermark nehmen. Es war nämlich Landesrat Kurzmann, der es in Graz mit seiner äußerst schwierigen Umweltsituation mit Feinstaub und Ähnlichem geschafft hat, ohne die von den Grünen geforderten autofreien Zonen und Ähnlichem, ohne dieses ganze Zeug, vernünftige Verhältnisse zu schaffen, anerkannt von allen, von der Wirtschaft, von den Arbeitnehmervertretern und so weiter.

Lieber Herr Verkehrsminister! Dort können Sie sich also eine Anleihe nehmen, wenn der Mensch im Mittelpunkt stehen soll. Ich unterstütze Sie sehr, wenn Sie sagen, Sie sind für den öffentlichen Verkehr. Das Ganze muss aber leistbar sein, und wir werden es wahrscheinlich nicht schaffen, vor allem nicht vom Bund aus – da sind ja auch wieder die Länder dabei –, wirklich in jedes Tal eine Bahn zu bringen. Es wäre gut, wenn es ginge, wir werden es uns aber wahrscheinlich nicht leisten können. Wir brauchen dann auch immer wieder Autobusse, und bei den Autobussen wissen wir, die haben Abgase und alles das, was angeblich die Menschen so behindert und so beeinträchtigt.

Herr Bundesminister, Sie können aber schon etwas machen, das wirklich in Ihrer Kompetenz liegt, und zwar ein Österreich-Ticket. Das hat bis jetzt kein Verkehrsminister geschafft. Schaffen Sie ein Österreich-Ticket vom Burgenland bis

nach Vorarlberg, von den nördlichsten Spitzen Niederösterreichs bis nach Kärnten, machen Sie nicht nur ein Österreich-Ticket, das verkehrsmittelübergreifend ist, sondern eines, das vor allem auch internettauglich ist!

Ich weiß schon und höre immer, dass es die Länderverbünde sind, die sich wehren. Nur: Von den neun Verkehrsverbänden habe ich bis jetzt fünf gefragt, und die waren es nicht. Angeblich waren es die ÖBB, die sich dagegen gesperrt haben. Sie sind der oberste Herr der ÖBB; es wird also jetzt ein Leichtes sein, das durchzusetzen, wenn Sie es ernst meinen. Wir werden Sie daran messen, ob Sie das auch wirklich ernst meinen und ob Sie es wirklich gemacht haben.

Ich pflichte Ihnen auch voll bei, Herr Verkehrsminister, wenn Sie sagen: Sicherheit ist wichtig. Vor allem geht es dabei um die Verringerung der Zahl der Verkehrstoten. Ich hoffe nur, Sie gehen dabei nicht wieder in die grüne Richtung mit weiteren Reduktionen der erlaubten Höchstgeschwindigkeiten. Wie nieder sollen die denn noch werden? Der Ansatz sollte eher sein, sich einmal mit den Autoherstellern zusammzusetzen und die Technologie zu verbessern. Dort wäre einiges zu holen, dort ist einiges zu holen, und das ist wesentlich besser, als bei der Geschwindigkeit anzusetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kommen wir zu meinem Lieblingsthema, zur Eisenbahn, zu den ÖBB: Die hat 40 000 Mitarbeiter, denen man wirklich für ihre Kraft und für ihren Einsatz danken muss. Wenn es ab und zu, das ist wirklich nur ganz selten, Probleme gibt, dann sind die wirklich hausgemacht. Sie haben gesagt, Sicherheit ist für Sie wichtig, und Sicherheit bedeutet in dem Zusammenhang, dass dieser unnötige schaffnerlose Null-zu-Null-Betrieb endlich abgestellt gehört, und zwar nicht mit irgendeiner kleinen Verordnung, über die sich die Gewerkschaft freut, das Management aber de facto davon ausgehen kann, dass das Ganze nichts wert ist und weiterhin Null zu Null betrieben wird.

Sicherheit heißt für mich auch, dass in einem Zug, in einer Lokomotive die Achsen eingebaut sind, die eingebaut gehören, und dass das Management, wenn Fehler passieren, nicht versucht, das Ganze zu vertuschen. Das ist unerträglich!

Kommen wir noch einmal auf die Ausbildung zu sprechen: Die Triebfahrzeugführer gehören ordentlich ausgebildet, nicht mit einem AMS-Damen-Schnellsiedekurs, von dem dann ohnehin die Hälfte der Damen wieder abspringt. Es braucht eine gute, seriöse, langandauernde Ausbildung, die die Leute auch wirklich dazu ermächtigt, das zu tun, was sie tun sollen.

Zur Infrastruktur: Das ist zwar etwas, das nicht die ÖBB bezahlen, sondern wir alle als Steuerzahler. Es ist also unsere Infrastruktur, und auf der fährt gelegentlich umher, man weiß nicht genau wann, was Gott und die Welt verboten haben. Auf der Straße kann man sich so etwas überhaupt nicht vorstellen, da gibt es die regelmäßigen Kontrollen durch die Exekutive, und jeder Lkw, der nicht dem Stand der Technik und den Gesetzen entspricht, wird von der Straße heruntergeholt. In der Infrastruktur, auf der Schiene gibt es das zwar auch – wir hätten die Technik, wir haben sie in Österreich, die ÖBB haben sie, aber sie wird nicht angewandt. An jeder großen Grenzstelle und an den wichtigen Knotenpunkten gehören solche Kontrollpunkte installiert, damit nicht irgendwelche Züge umherfahren können, die unsere Infrastruktur kaputt machen, die wir dann wieder, und zwar wir Steuerzahler, um teures Geld reparieren müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dazu gehört auch, dass wir eine Unfallverhütungsstelle haben, die den Namen auch verdient. Schauen Sie sich bitte an, wo die damit im Bereich der Eisenbahn sind, was bei 2013, bei den wichtigen Sachen, wie beispielsweise dem Semmering – und den kennt Herr Bundeskanzler Kern ganz genau –, passiert ist. Da hat er sich ja heftig um Vertuschung bemüht. Es geht darum, dass das auch wirklich ordentlich angeschaut wird und die schuldigen Leute entsprechend bestraft werden, denn sonst, lieber Herr Verkehrsminister, kann es schon passieren, dass der Rote Riese, den wir jetzt als Bundeskanzler haben, wie in der Astronomie zu einem Weißen Zwerg verglüht, und das wollen wir nicht. Wir wollen ordentliche Verhältnisse für uns Österreicher!

Deshalb bringe ich auch noch einen Antrag ein, und zwar den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Strache, Deimek und weiterer Abgeordneter betreffend Nein zu TTIP und CETA.

Da freut sich der Herr Bundeskanzler wahrscheinlich ganz besonders.

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, werden aufgefordert, auf europäischer Ebene im Sinne der Wahrung der Interessen und des Schutzes der österreichischen Bevölkerung Position gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu beziehen und beiden eine klare Absage zu erteilen.“

\*\*\*\*\*

Herr Verkehrsminister, Sie haben alle Chancen! Nützen Sie sie! Sie werden sie brauchen. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Der Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt, ordnungsgemäß eingebracht und steht mit in Verhandlung.

*Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:*

### **Entschließungsantrag**

*der Abgeordneten KO Strache, DI Deimek, Kolleginnen und Kollegen betreffend NEIN ZU TTIP UND CETA*

*eingebracht im Zuge der Debatte über Tagesordnungspunkt 1, Erklärungen des Bundeskanzlers und Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates, in der 130. Sitzung des Nationalrates in der XXV.GP am 19.5.2016*

*Das nun fertig verhandelte und vorliegende Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada namens „CETA“, das als Blaupause für das noch weit umstrittenere Vertragswerk mit den USA „TTIP“ dient, könnte binnen kurzer Zeit – vielleicht schon im Juni 2016 – vorläufig in Kraft treten, ohne dass die nationalen Parlamente zuvor grünes Licht gegeben haben.*

*Die für die Verhandlungen zuständige EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sowie alle anderen verantwortlichen Mitglieder der Kommission haben klargestellt, dass sie für den Abschluss des Freihandelsvertrags TTIP - praktisch ohne "wenn und aber" – sind, da dieser hunderttausende – manchmal hört man sogar "Millionen" – Arbeitsplätze schaffen und sichern würde.*

*Kritische Stimmen über die Unhaltbarkeit dieser Behauptungen, die Nachteile dieses Abkommens für die europäische Wirtschaft, die Ökologie, insbesondere die Regionalität und die Kleinstrukturierung der Landwirtschaft, werden ebenso wie die drohenden schweren Schäden für Demokratie und Selbstbestimmung der Europäischen Völker (Schiedsgerichte und dergleichen) beiseitegeschoben.*

*Die nächste und 14. TTIP-Verhandlungsrunde findet im Juli in Brüssel statt. Bis dahin sollen so viele konsolidierte Texte wie möglich fertig sein und so wenig wie möglich offene Themen, meinte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström im Zuge des EU-Handelsrats in Brüssel am 13.5.2016. Nachverhandlungen hinsichtlich des für die österreichischen und europäischen Interessen ebenso schädlichen CETA-Freihandelsabkommens mit Kanada lehnt Kommissarin Malmström überhaupt kategorisch ab.*

*Beide Abkommen bedeuten ein Absacken der heimischen Lebensmittelqualität sowie einen Todesstoß für die österreichischen Bauern. Österreich wird nicht mehr der*

„Feinkostladen“ Europas sein. Weiters drohen durch diese Abkommen Gefahren in vielen Bereichen, wie für den heimischen Verbraucher-, Arbeitnehmer- und Umweltschutz.

Das Ende des Vorsorgeprinzips sowie die indiskutable Einrichtung von Schiedsgerichten, die es amerikanischen und kanadischen Konzernen ermöglichen würden, gegen vitale Interessen unseres Landes und unserer heimischen Bevölkerung vorzugehen, sind weitere, klar abzulehnende Punkte.

Abgesehen von faktisch belegten Risiken und Gefahren in den beiden Abkommen ist auch der Willensbildungsprozess rund um diese Abkommen aus demokratiepolitischer Sicht inakzeptabel und der Widerstand in der österreichischen Bevölkerung – verständlicherweise – inzwischen groß.

Das Gebot der Stunde muss es daher sein, dem vorliegenden fertigen CETA-Vertragstext eine klare Absage zu erteilen und die weiteren Verhandlungen zu TTIP endlich zu stoppen.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

#### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, werden aufgefordert, auf Europäischer Ebene im Sinne der Wahrung der Interessen und des Schutzes der österreichischen Bevölkerung Position gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu beziehen und beiden eine klare Absage zu erteilen.“

\*\*\*\*\*

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Mag. Wurm. – Bitte.